

Heute beginnt unser
neuer Roman
Mess Mend

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunisten
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau

Bezirk Ostfachsen
für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden - U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 16 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden - U., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Freitag den 23. November 1928 Nummer 273

Mitteldeutscher Metalltarif gekündigt!

Geheimabkommen der DMV-Führung mit Metallindustriellen / Ergebnislose Verhandlungen im sächsischen Textilkonflikt / Kriegsvorbereitungen in Rumänien / Wieder ein schweres Eisenbahnunglück in der Tschechoslowakei

Neuer Vorstoß der Metallkönige

Magdeburg, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der Arbeitgeberverband in der mitteldeutschen Metallindustrie hat gegenüber dem Metallarbeiterverband den am 31. 12. 28 ablaufenden Tarifvertrag gekündigt. Als Begründung geben die Unternehmer u. a. an, daß in den mitteldeutschen Betrieben die Rentabilität schon im vergangenen Jahr äußerst schlecht gewesen und die Konjunktur rückläufig sei, so daß Lohnherabsetzungen notwendig seien.

Im frechen Ton erklären die Unternehmer weiter, daß aus diesen Gründen keinerlei Lohnforderungen seitens der Metallarbeiter erwartet werden, sonst müßten die Unternehmer dem entgegen unbedingt auf Lohnherabsetzungen bestehen, andernfalls würden sie sich bereit erklären, den oben gekündigten Tarifvertrag zu verlängern und dieser Verlängerung über den 31. 12. 28 für eine längere Zeit zuzustimmen.

Die Kündigung der mitteldeutschen Metallindustriellen liegt in einer Linie mit dem Aufruf der deutschen Metallindustriellen bezüglich der Unterstützung für die Ruhrindustriellen und der Verteidigung der Unternehmerfront. Das ist ein deutlicher Wink für die reformistischen Gewerkschaftsführer, in Mitteldeutschland es nicht zu einem Kampf kommen zu lassen. Die Metallarbeiterschaft in Mitteldeutschland wird ungeachtet dessen ihre notwendigen Lohn- und Arbeitszeitforderungen stellen und sie mit allen Kampfmaßnahmen durchsetzen.

Demonstration in Bommum

Bommum, 23. November. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern nachmittags fand in Bommum eine öffentliche Kundgebung statt. Trotz strömendem Regen waren mehr als 4000 Arbeiter erschienen, die sich auch fast reiflos an der anschließenden Demonstration beteiligten. Es sprach ein Vertreter der Kampfleitungen, dessen Ausführungen ungetrübten Beifall fanden. Während der Demonstration verhielten sich die Polizeibeamten äußerst provokatorisch. Ihre Verhufe, es zu Zusammenstößen zu bringen, scheiterten an der Geschlossenheit der Demonstrationen.

Textilerverhandlungen für Ostfachsen gescheitert!

Dresden, 23. November. Die gestern zwischen den Unternehmerorganisationen und den beteiligten Gewerkschaften geführten Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der ostfächsischen Textilindustrie sind ergebnislos verlaufen.

Das Scheitern der Verhandlungen für Ostfachsen überrascht keineswegs. Nach dem ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen für Westfachsen mußte damit gerechnet werden, daß die Unternehmer in Ostfachsen keinerlei andere Stellung einnehmen würden wie die Textilfabrikanten im westfächsischen Gebiet. Heute werden nun unter dem Vorbehalt des sächsischen Landesrichters Haack die Schlichtungsverhandlungen beginnen. Daß die Textilarbeiter von diesem Ausschauel hinter verschlossenen Türen nichts zu erwarten haben, ist klar. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Haack wird den Textilbaronen willfährige Dienste leisten.

Die Textilarbeiter müssen erkennen und sich jetzt darauf vorbereiten, daß ihre Forderungen nur im Kampfe durchgesetzt werden können. Die Betriebe müssen sofort zur Lage Stellung nehmen und alle Vorbereitungen zur sofortigen Aufnahme des Kampfes treffen.

Die Ruhrfront steht fest!

Stärker muß die Solidaritätsaktion werden! Zeichnet auf die Listen der IGH für die Ruhrarbeiter. Listen im IGH-Bureau, Güterbahnhofstr. 24.

7. Sammelquittung.
- 1065,43 M. 6. Sammelquittung
 - 17,60 - Liste 644 Baustelle Kerschmann, Freital
 - 17,- - Liste 646 Belegschaft Bachmann, Rabenau
 - 23,85 - Liste 578 Strahnenbahnhof Tollewig, Hofarbeiter, 3. Rate
 - 3,50 - Gemeldet bei einer Geburtstagsfeier durch E. A.
 - 10,- - Abt. 2 IGH, 4. Zug
 - 19,71 - Bauarbeiter des Anglenmuseums
 - 20,28 - IGH 3. Abt., Unterhaltungsabend
 - 5,50 - IGH 4. Abt., Liste 498
 - 33,15 - IGH Seiffenröder, 2. Rate, Liste 1515
 - 15,40 - Bauleute Günzel, Colitz
 - 10,10 - IGH Strießen, Unterhaltungsabend „Eiche“
 - 27,- - IGH Groß-Dresden
 - 10,- - IGH Gruppe Altstadt
- 1281,32 M.

Das Düsseldorf Geheimprotokoll

Verheimlichung der Abmachungen aus Furcht vor Massenempörung

Essen, 23. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Heute wird bekannt, daß in den Düsseldorf Geheimerhandlungen ein genaues Protokoll geführt wurde, in dem der abgeprohene fertige Vertragsentwurf zwischen den Gewerkschaftsführern und den Unternehmern enthalten ist. In diesem Vertrag befindet sich eine Klausel, die die Möglichkeit der Reduzierungen der Akkord- und Prämienlöhne offen läßt. Weiter geht daraus hervor, daß die unteren Gewerkschaftsangehörigen aus dem Bezirk gegen die Autorität der Reichel, Brandes und Konjorten nicht aufzutreten wagten, wahrscheinlich aus Furcht vor einem Abbau. Sie sind eingeschüchtern worden. Wie wir dazu weiter erfahren, enthält der durch die große Entrüstung und Empörung der betr. Arbeiter ohne Unterbrechung gebliebene Vertrag die Bestimmung, daß in den ersten 4 Wochen nach Arbeitsaufnahme eine erhebliche Zahl Heberkünden gestellt werden soll, da die Unternehmer Nachholung des Produktionsausfalles verlangen.

Die DMV-Bureauaufträge befindet sich im Ausspernungsgebiet in einer äußerst ungünstigen Situation. Sie beabsichtigt zu den Vorgängen in Düsseldorf zu erklären, daß das ihnen angebotene Schweigegeld nicht verkehrt werden könne. Sie will den Mitgliedern mitteilen, daß die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden soll, bevor nicht der Zoetken-Schiedspruch anerkannt werde. Sie hofft, damit bei den Mitgliedern, die in immer größerer Zahl sich um die Opposition scharen, Eindruck zu schinden. Es ist klar, daß dieses Manöver keinen Erfolg haben wird.

Aus dem Inhalt des nunmehr bekanntgemachten Geheimprotokolls über die Verhandlungen in Düsseldorf geht unzweideutig hervor, daß die Führung des Metallarbeiterverbandes und die am Tarifschluß beteiligten christlichen und gelben Organisationen zur vollkommenen Kapitulation vor den Ruhrindustriellen bereit waren. Sie erklärten sich einverstanden, die Aufnahme der Arbeit zu

den alten Arbeitsbedingungen und unter Verzicht auf eine wirkende Anwendung des Urteils, falls das Landesarbeitsgericht den Schiedspruch als rechtlich bestehend anerkannt hätte, zu empfehlen. Trotz dieser ungeheuren Zugeständnisse verlangten die Unternehmer die sofortige endgültige Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfrage für die nächsten zwei Jahre und waren nur bereit, einem Teil der Zeitlohnarbeiter 8 Pf. Lohnzulage zuzugestehen. Darüber hinaus verharren sie auf dem Standpunkt, daß der 10- und 12-Stunden-Tag unbedingt erhalten bleiben müsse.

Die Führung des Metallarbeiterverbandes gab schließlich zu erkennen, daß sie die Ergebnisse der Verhandlungen als eine brauchbare Verhandlungsgrundlage anerkenne. Wenn sie es trotzdem nicht wagte, der im Kampf befindlichen Arbeiterschaft das Ergebnis ihrer schändlichen Kapitulation zur Annahme zu empfehlen, so ist das ein Zeichen dafür, daß der Druck der Arbeiter bereits zu stark geworden ist. Es darf deshalb gesagt werden, daß die geschlossene Front der Arbeiter im Ruhrgebiet den Unternehmern und ihren reformistischen Handlangern gegenüber bereits einen gewissen Erfolg zu verzeichnen hat. Zunächst hoffen die Gewerkschaftsführer darauf, daß das Landesarbeitsamt den Schiedspruch des Schlichters Zoetken und seine Verbindlichkeitsklärung als rechtsträftig anerkenne. Damit glauben sie dann, die Basis zur Beendigung des Kampfes zu finden. Das Urteil des Landesarbeitsgerichts ist morgen zu erwarten. Liegt das Urteil in der Linie der Vorrichtung, wird der Gewerkschaftsführung die ihnen erwünschte Rückzugslinie erschwert. Sie wird sich dann offen für die bedingungslose Kapitulation entscheiden. Daß sie dazu bereit ist, bestätigt der Inhalt des Geheimprotokolls der Düsseldorf Verhandlungen, dessen Veröffentlichung die Fortsetzung der streikenden Arbeiterschaft ist. In dieser Situation des Kampfes ist den streikenden Ruhrarbeitern nur dann die Möglichkeit des Sieges gegeben, wenn sie zur Verhinderung der reformistischen Abwärtungsstrategie sich fester um die Organe der revolutionären Kampfleitung scharen.

Der Kampf an der Ruhr

Ein erster Erfolg der Streikfront / Steigert die Unterstützungsaktion!

Im Ruhrgebiet ist der Versuch der reformistischen Gewerkschaftsführer, die Arbeiter zu den schändlichsten Bedingungen in die Betriebe zu lassen, zunächst mißglückt. Die Vereinbarung, die Reichel vom DMV-Vorstand, der christliche Führer Schmidt und der kirchlich-dunklerische Vertreter mit den Unternehmern abgeschlossen hatten, konnte unter dem Proteststurm der empörten Arbeiter nicht unterzeichnet werden. Das ist ein erster bedeutender Erfolg der gewerkschaftlichen Opposition, die die Ausgesperrten gegen den verdränglichen Plan der Reichel und Konjorten mobilisierte, und durch die erste Unterstützung der Anorganisierten dafür gesorgt hatte, daß die Front aller Aussperrten fest stand.

Aus den Veröffentlichungen der Unternehmer wie der Gewerkschaftsleitungen wissen wir jetzt, wie sich die Düsseldorf Verhandlungen abspielten.

Die Reformisten selbst gestehen es ein, daß sie zunächst den ungeheuerlichen Vorschlag machten, die Wiederaufnahme der Arbeit solle sofort zu den alten Bedingungen erfolgen. Dann sollte abgewartet werden, bis Landesarbeitsgericht und Reichsarbeitsgericht über den Schiedspruch entschieden hätten. Falls der Schiedspruch für gültig erklärt werde, solle er vom Tage der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichtes ohne rückwirkende Kraft durchgeführt werden, wenn nicht, so sollten neue Verhandlungen beginnen.

Jeder Arbeiter kann ermessen, was dieser Vorschlag bedeutet. Die Arbeiter sollten in die Betriebe zurückgehen, ohne zu wissen, ob sie überhaupt einen Pfennig Lohnherabsetzung bekommen, ja, mit der sicheren Aussicht, nichts zu bekommen.

Obwohl der Gewerkschaftsvorschlag einer bedingungslosen Kapitulation gleichkam, gingen die Unternehmer nicht darauf ein. Die Unternehmer haben ausgesperrt, um für die nächsten Jahre Ruhe vor Arbeiterforderungen zu haben. Die Unternehmer wollten auch keinen unruhigen Zustand, sie sehen, daß die oppositionelle Bewegung rasche Fortschritte macht, und sie befürchten, daß nach einem solchen Abbruch des Kampfes die Arbeiter in den nächsten Wochen die Kräfte finden würden, gegen den Willen der Gewerkschaftsbureaukratie den Kampf wieder zu eröffnen.

Darum lehnten die Unternehmer ab und verlangten, daß sofort eine endgültige Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfrage für die nächsten zwei Jahre getroffen werde. Die Frage, ob der Schiedspruch rechtsgültig oder ungültig ist, könne man ja durch sämtliche Instanzen zur Entscheidung

bringen lassen, die letzte gerichtliche Entscheidung dürfte jedoch keinerlei Einfluß auf die sofort abzuschließende endgültige Regelung haben. Die Gewerkschaftsführer sollten also fester auf alle etwaigen Ansprüche aus dem Schiedspruch verzichten. Als Lohnzulage schlugen die Unternehmer 8 Pf für die Zeitlohnarbeiter vor, die Akkordarbeiter sollten gar nichts erhalten und der Lohnstarif sollte zwei Jahre Geltung haben. In der Arbeitszeitfrage machten die Unternehmer zum Hoch Zugeständnisse, die keine sind und aus denen nur hervorgeht, daß die bisherige unerhört lange Arbeitszeit für weitere zwei Jahre in Kraft bleiben soll.

Bei den Verhandlungen erreichten die Gewerkschaftsführer nur die Forderung, daß der Lohnstarif anstatt zwei Jahre 18 Monate gelten sollte. Dann bezeichneten sie den Vorschlag als brauchbare Einigungsgrundlage und versprachen, sich für eine Annahme einzusetzen. Denn selbstverständlich konnten die Hauptvorstandsmitglieder der drei Metallarbeiterverbände nicht schon unterzeichnen, sondern sie mußten sich vorher mit den Bezirksleitungen verständigen.

Aber als die Reichel und Schmidt von den Verhandlungen zurückkehrten, fanden sie die Metallarbeiterfront bereits in heller Empörung gegen den Düsseldorf Vertrag. Die Gewerkschaftsopposition hatte den Inhalt der schändlichen Vereinbarung bereits erfahren und den Massen bekanntgegeben. Es zeigt sich, daß es nicht möglich war, die Metallarbeiter zu diesen Bedingungen in die Betriebe zu treiben.

So mußten die Verbandsvertreter den Unternehmern erklären, daß der vereinbarte Vorschlag nicht durchgesetzt werden könne. Sie schlugen nur vor, die vereinbarten Bedingungen als vorläufige Regelung zu bezeichnen, bis die letzte Entscheidung über den Schiedspruch gefällt sei, worauf dann entweder der Schiedspruch in Kraft tritt oder neue Verhandlungen beginnen werden. Wenn der Schiedspruch für gültig erklärt werde, seien die Gewerkschaften bereit, freiwillig in eine kürzere Laufdauer des Schiedspruches, nämlich nur bis zum 31. März 1929 einzuwilligen. Die Annahme dieses Vorschlages hätte es der Gewerkschaftsbureaukratie gestattet, den Arbeitern nach Erfüllung auf eine bessere Regelung in absehbarer Zeit zu machen.

Die Unternehmer lehnten diesen Vorschlag aus denselben Erwägungen ab, aus denen heraus sie den ursprünglichen Vorschlag der Gewerkschaftsführer abgelehnt hatten. Bei diesem Stand der Dinge wurden die Verhandlungen bis zur Entscheidung